

WBS: Ein Schulfach über Wirtschaft oder für die Wirtschaft?

Anmerkungen zu einer seltsamen Gegendarstellung in Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2018

Die Mitglieder der Bildungsplan-Kommission für das Schulfach Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung (WBS) haben mit einer Gegendarstellung auf einen Artikel von Cord Santelmann reagiert, der die Einführung des Faches WBS in der Ausgabe 9-10/2018 deutlich kritisiert hatte. Die sechs Mitglieder der Bildungsplankommission sprechen von »einem wenig kenntnisreichen Artikel«, betrachten den Text als 'Denunziation' und fühlen sich 'diskreditiert'.

Einige Anmerkungen zur Gegendarstellung:

1. Auf zentrale Kritikpunkte des Artikels von Herrn Santelmann, zum Beispiel die intransparente Verflechtung von Politik und Wirtschaftslobby, den Mangel an ergebnisoffenen Diskussionen zur Einführung des Faches WBS und die nicht zielführende Trennung von Politik und Wirtschaft in der Lehrerausbildung, geht die Gegendarstellung nicht konkret ein.
2. Allgemein formulierte Absichtserklärungen im Bildungsplan des Schulfaches WBS sind weder Sachargumente für die Einführung des Schulfaches WBS noch für die Einführung eines monodisziplinären Lehramtsstudienganges Wirtschaftswissenschaften. Zum Zeitpunkt der Bildungsplanreform lagen dem Kultusministerium keine belastbaren Daten zu den ökonomischen Kenntnissen der gymnasialen Schüler/innen vor. Diese wurden erst im Nachhinein erhoben (ab 2016, finanziert von der Würth-Stiftung). Der bidisziplinäre Lehramtsstudiengang Politik/Wirtschaft wur-



von Dr. Martin Lindeboom
Mitglied im Vorstand des Landesverbands Baden-Württemberg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen

- de 2015 ohne vorherige Evaluation beendet und durch monodisziplinäre Studiengänge Politik und Wirtschaft ersetzt.
3. Ökonomische Handlungen bilden den Entstehungsraum für soziale und ökologische Probleme und verursachen diverse politische und gesellschaftliche Konflikte. Wirtschaft ohne Berücksichtigung hinreichend vieler anderer Perspektiven wird den komplexen Wechselbeziehungen nicht gerecht. Die Gefahren eines selektiven Framings sind real, unter anderem erkennbar an den Teilkompetenzen in den Themenfeldern 'Unternehmer' und 'Wirtschaftsbürger' im Bildungsplan WBS. Zum Beispiel bleibt die Macht von Unternehmern und Unternehmensverbänden unerwähnt, ebenso das Thema Lobbyismus.
4. Von einer 'kritisch, engagiert und konstruktiv' arbeitenden Bildungsplankommission wäre zu erwarten gewesen, dass sie im Rahmen der Anhörung eine Kommunikation auf Augenhöhe zulässt. Diese Bedingung für jede erfolgreiche Bürgerbeteiligung wurde nicht erfüllt. Zielführend wäre gewesen, dass die Bildungsplankommission direkt mit den Kritiker/innen kommuniziert oder aber zumindest in schriftlicher Form auf die zentralen Kritikpunkte antwortet. Zum Beispiel auf konkrete Kritikpunkte oder Verbesserungsvorschläge in den umfangreichen Stellungnahmen von Frau Prof. Dr. Weber und Herrn Prof. Dr. Hedtke, unter anderem zur

Entpolitisierung der Verbraucherbildung. Das von der Bildungsplan-Kommission ausgewählte und in der Gegendarstellung gelobte Drei-Dimensionen-Modell wird von Prof. Dr. Hedtke deutlich kritisiert: »... in erheblichen Teilen fragwürdig und für die Strukturierung der ökonomischen Bildung im Fach nicht tragfähig. Es entspricht in wichtigen Punkten nicht dem Stand der Wirtschaftswissenschaften, von den anderen Sozialwissenschaften ganz zu schweigen.«.

5. Die Dieter von Holtzbrinck Stiftung hatte von Anfang an einen privilegierten und intransparenten Zugang zu den Entscheidungsträgern. Nicht nur weil zwei frühere Landesminister im 'Förderkreis' der Stiftungssinitiative 'Wirtschaft Verstehen Lernen' aktiv waren. In einem Beitrag mit dem Titel 'Wie bringt sich die Stiftung in die Gestaltung der Bildungspläne ein?' wird die Rolle der Stiftung während der Bildungsplanreform deutlich. Verfasserin ist Frau Prof. Suzan Bacher, bis 2014 Direktorin des Landesinstituts für Schulentwicklung und von 2012 bis 2014 auch Mitglied im Beirat der Stiftungssinitiative.

»Aus dem Beirat der Stiftung bildete sich ein Arbeitskreis Bildungsplanarbeit, der sich zu bisherigen Curricula äußerte, vor allem aber in einen regen Austausch mit den Mitgliedern der Bildungsplankommission einstieg. Und rege war der Austausch in der Tat. [...] Ein konkretes Beispiel dafür, Bildungsplanarbeit im Dialog zu gestalten. Fortsetzung folgt« (Broschüre der Holtzbrinck-Stiftung, S. 14).

6. Entsprechend der Gegendarstellung wurde nach der Anhörung jede einzelne von über 100 Eingaben zum Bildungsplan WBS besprochen und »viele wurden eingepflegt«. Einige Zahlen hierzu: Von den anfänglich 42 Teilkompetenzen in der Anhörungsfassung blieben 35, d.h. 83,3 Prozent unverändert. Sieben wurden verändert, darunter allerdings auch mehrere nur marginal. Keine Teilkompetenz wurde gestrichen, eine einzige kam neu hinzu.

Diese lautet: »Die Schülerinnen und Schüler können Zusammenhänge betrieblicher Abläufe in einem Unternehmen (Beschaffung, Produktion, Absatz) erklären«. Genau diese neue Teilkompetenz wird in der Stellungnahme der Holtzbrinck-Stiftung zur Anhörungsfassung als Empfehlung für einen neuen Standard vorgeschlagen ('betriebliche Funktionen und betriebliche Abläufe': 'Beschaffung, Leistungserstellung, Absatz/Marketing'). Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Stiftung hat den Bildungsplan beeinflusst, nicht geschrieben.

Interessant auch, welche Teilkompetenzen noch in der gymnasialen Entwurfsfassung 2014 standen, aber schon in der Anhörungsfassung 2015 fehlen: »...die Bedeutung von Sozialpolitik als grundlegendes Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft für den Bürger an einem Beispiel beschreiben« oder »...am Beispiel Vermögen beurteilen, inwieweit Steuern Wohlstand umverteilen sollen«.

Fazit: Die Trennung der Fächer Politik und Wirtschaft bzw. Geographie und Wirtschaft führt bei knappen Unterrichtszeiten zu einer Dominanz bestimmter Perspektiven im jeweiligen Fach. Kollisionen mit dem Kontroversitätsgebot sind nahezu unvermeidbar und darunter leidet die politische Bildung. Die zentralen Aussagen von Herrn Santelmann beruhen auf Tatsachen. Im Schulfach WBS lernen die Schülerinnen und Schüler natürlich etwas über die Wirtschaft. Dem ökonomischen Denkansatz wird aber ein zu großer Raum zugestanden, um von einem multiperspektivischen Fach zu sprechen. Insofern kann WBS durchaus als Fach für die Wirtschaft und die wirtschaftsnahen Stiftungen bezeichnet werden, deren intransparente Lobbyarbeit zur Einführung dieses höchst fragwürdigen Schulfaches führte.

Weitere Informationen, unter anderem zu allen Quellen, finden Sie im Internet unter: <https://www.dvpb-bw.de/index.php/positionen/wbs>

Der 2018 gegründete Landesverband Baden-Württemberg der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V. (DVPB) kooperiert mit dem Südwestdeutschen Lehrerinnen- und Lehrerverband für historische, politische und ökonomische Bildung e.V. (SWL).

Foto: Animateira PlesStock/AdobeStock



Leserbrief zum Diskussionsbeitrag von Edelgard Jauch

'Zum Ansinnen der Ministerin, den Vertretungsunterricht zu analysieren'

in: Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2018

Edelgard Jauch befürchtet, dass auf Schulen Mehrarbeit zukommt, weil sie ein Vertretungskonzept erstellen müssen. Diese Befürchtung teile ich durchaus, möchte aber einen konstruktiven Vorschlag machen, wie ein solches Konzept aussehen könnte.

Dass Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall getroffen werden müssen, steht außer Frage. Zu Recht fordern Eltern eine umfassende Bildung und eine zuverlässige Betreuung für ihre Kinder. Dies ist auch in unserem Sinne, denn genau das ist unsere Aufgabe, die wir so für uns gewählt haben und die wir entsprechend auch erfüllen möchten.

Die Ursachen für Unterrichtsausfall sind bereits analysiert worden. An erster Stelle steht der Ausfall durch Krankheit. Es gilt also, die Lehrgesundheit zu stärken. Dies lässt sich durch eine Senkung des Deputats auf maximal 23 Stunden erreichen.

Dann muss überlegt werden, welche Art von Vertretung wirklich einen Nutzen bringt, also »passgenau« ist, um die Kultusministerin zu zitieren. Meines Erachtens ist der einzig wirklich sinnvolle Vertretungsunterricht derjenige, welcher von einer Fachlehrkraft geleistet wird, die ohnehin in der Klasse unterrichtet. Insofern schlage ich vor, das Deputat um eine weitere Stunde, also auf 22

Stunden zu senken, aber eine verpflichtende Vertretungsstunde in den Stundenplan einzubauen, die nach Möglichkeit in einer der eigenen Klassen abgeleistet werden soll. Dann finden halt in einer Woche mal vier statt drei Englischstunden statt oder fünf statt vier Mathestunden! Diese Zusatzstunde ist vielleicht auch nicht optimal vorbereitet, aber immer noch um Klassen besser als das, was eine Vertretungslehrkraft, die die Lerngruppe nicht kennt, ad hoc aus dem Hut zaubern kann. Durch die Verankerung als Präsenzstunde im Stundenplan wird die Vertretung für uns Lehrerinnen und Lehrer berechenbar, und da diese Stunde Teil des Deputats ist, wird sie endlich angemessen vergütet und sollte somit auf höhere Akzeptanz stoßen.

Ich mache mir keine Sorgen darüber, dass das Kultusministerium uns auf diese Weise eine Stunde 'schenkt', weil gar nicht so viel Vertretungsunterricht anfiel. Ein bis zwei unvergütete Vertretungsstunden pro Woche sind inzwischen eher der Normalfall als die Ausnahme, insofern könnte sich sogar diese eine Stunde als unzureichend erweisen. Aber es wäre ein Anfang für einen effektiven Vertretungsunterricht, der sogar vom Ministerium honoriert würde.

Anne Kiehn